

17.04.2023

GRÜNE OÖ. / HEMETSBERGER / POLITIK /

## **LABG RUDI HEMETSBERGER** GRÜNER TIERSCHUTZSPRECHER

### **Geschossener Rotmilan: Vorgehen gegen die Tötung geschützter Tiere muss verstärkt werden**

#### **Grüne kündigen schriftliche Anfragen an LR Haimbuchner und LRin Langer-Weninger an – auf Basis von Zahlen und Fakten die nötigen Konsequenzen auf den Weg bringen**

„Sie sind extrem selten, geschützt und werden dennoch getötet. Dass dies auch beim vermissten Rotmilan der Fall ist, ist praktisch Faktum. Solche Abschüsse oder Vergiftungen sind unbegreiflich, weit entfernt von einem Kavaliersdelikt, sondern eine veritable Straftat und ein grober Schaden an der Natur. Und sie passieren immer wieder. Wir Grüne wollen jetzt die Entwicklung der letzten Jahre aufrollen und Informationen zu den illegalen Abschüssen und Vergiftungen geschützter Tiere der jüngeren Vergangenheit erheben. Wir werden dazu schriftliche Anfragen an den für Artenschutz zuständigen Landesrat Haimbuchner und an die für Jagd zuständige Landesrätin Langer-Weninger einbringen. Erstens um Zahlen und Fakten zu erfahren und zweitens auf deren Basis nötige Konsequenzen auf den Weg zu bringen“, kündigt der Grüne Tierschutzsprecher LABg. Rudi Hemetsberger eine Initiative der Grünen an.

Für Hemetsberger geht es darum, ein Gesamtbild zu zeichnen und daraus erforderliche Schritte abzuleiten. „Wir wollen unter anderem wissen, wie viele illegale Tötungen geschützter Tiere es gegeben hat, welche geschützten Arten besonders betroffen sind und wo es die meisten Fälle gegeben hat. Wir wollen aber auch Informationen zur Aufklärungsrate, wie viele Verurteilungen es gegeben hat und wie viele Jagdkarten entzogen worden sind. Mit diesem Kenntnisstand sind dann die entsprechenden politischen Schritte zu setzen, um gegen diese Wilderei noch besser vorgehen zu können“, meint Hemetsberger.

Hemetsberger: „Zum einen geht es darum, den Schutz der gefährdeten Arten weiter auszubauen und zu optimieren. Zum anderen, potentiellen Täter:innen klarzumachen, dass ihre Taten nicht hingegenommen werden. Dass sie nicht nur theoretisch gegen Gesetze verstoßen, sondern sie ganz konkret zur Rechenschaft gezogen werden. Für solche Taten gibt es keine einzige Rechtfertigung“, betont Hemetsberger. Er verweist darauf, dass zur besseren Verfolgbarkeit von Wilderei bereits letztes Jahr erste Schritte von der Grünen Justizministerin Alma Zadic gesetzt wurden, indem mittels Erlass die Strafverfolgung bei Wilderei bedrohter Tierarten erleichtert wird.